

## BDA will Arbeitsmarktpolitik reformieren

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) verlangt eine grundlegende Reform der Arbeitsförderung. Nötig seien stärkere Anreize zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung, heißt es in einem Positionspapier. Statt dringend notwendige Änderungen umzusetzen, dehne die Bundesregierung die so genannte "aktive Arbeitsmarktpolitik" aus.

Die BDA diagnostiziert eine grundsätzliche Krise am Arbeitsmarkt. Von 1991 bis 1997 sei die Zahl der Beschäftigten um mehr als 2,6 Millionen zurückgegangen, keineswegs nur wegen der Probleme in Ostdeutschland oder konjunktureller Schwäche. In den letzten beiden Jahren habe sich die Lage lediglich stabilisiert. Die BDA sieht neben zu hohen Steuern und Arbeitskosten auch die bisherige Arbeitsmarktpolitik als eine Ursache dafür.

Der Erfolg der traditionellen Arbeitsmarktpolitik sei gering. Selbst wenn man wenig ehrgeizige Indikatoren der Bundesanstalt für Arbeit zu Grunde lege, falle die Bilanz dürrig aus. Das gelte für die Verbleibsquote, die angibt, wie viele Teilnehmer einer Maßnahme sechs Monate nach deren Ende nicht mehr arbeitslos gemeldet sind. So sei bei 59 % der Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und 52 % der Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) keine Integration in den Arbeitsmarkt abzusehen.

Die negativen Wirkungen der staatlich bezahlten Maßnahmen seien dagegen alarmierend, da die Gelder über Wertschöpfung in den Unternehmen erbracht werden müssten. "Es muss ernsthaft gefragt werden, ob die mit expansiver Arbeitsmarktpolitik verbundenen Belastungen nicht einen erheblichen Teil der Arbeitslosigkeit verursacht, die sie vorgibt zu beseitigen". Wenn der künstliche zweite Arbeitsmarkt vergleichbare Einkommen sicherstelle wie eine reguläre Beschäftigung, sei der Anreiz zu wechseln gering. Erst recht, wenn der Betreffende einen niedrig entlohnten Job annehmen oder den Ort wechseln müsste. Daher müsse künftig die schnelle Arbeitsvermittlung Vorrang vor allen Förderleistungen haben. Der Vermittlungsprozess müsse konsequent an den Bedürfnissen der Unternehmen ausgerichtet werden. Eingliederungszuschüsse oder Trainingsmaßnahmen für schwer vermittelbare hält die BDA ebenso für richtig wie Überbrückungshilfen für Arbeitslose, die sich selbständig machen wollten. Rein passivversorgende Programme wie ABM oder der größte Teil der SAM-Maßnahmen seien dagegen strikt abzulehnen. Stattdessen fordert die BDA bessere berufliche Qualifizierung.

Die Regierung sollte auf ABM-Maßnahmen verzichten und Förderungen entwickeln, die mehr Anreize bieten. Zumindest erwartet die BDA, dass ABM-Jobs ihren Charakter als Arbeitsverhältnisse verlieren. Die Anknüpfung an bestehende arbeitsvertragliche Regeln erzeugten bei den Beteiligten den Eindruck, sie könnten auf dem freien Markt soviel verdienen wie bei der ABM-Maßnahme.

Nach: Süddeutsche Zeitung Nr. 36 vom 14.02.2000

